

Georg Neemann

---

## **Die Aufgaben sind neu, die Ziele sind die alten**

Gewerkschaftliche Zielsetzungen in der Wirtschaftspolitik

---

*Georg Neemann, geboren 1917 in Höchst (Odenwald), ist Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB. Er ist für den Bereich Wirtschaftspolitik zuständig.*

Wirtschaftspolitik ist von den Gewerkschaften schon immer als Aufgabe einer durchgreifenden Demokratisierung in der Gesellschaft verstanden worden. Dazu gehört eben auch, daß der einzelne Arbeitnehmer die Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft durchschauen und mitbestimmen kann. Wirtschaftspolitik, so wie sie vom DGB gefordert wird, hat die Aufgabe, den Wohlstand der arbeitenden Menschen zu mehren, den Arbeitsplatz menschengerecht zu gestalten und die Einkommenssituation der Arbeitnehmer nicht durch Geldwertschwund zu gefährden. Diese Zielsetzung der Gewerkschaften ist ständig aktuell, wenn es um wirtschaftspolitische Fragen geht. Die konkreten Aufgaben, die im einzelnen zu lösen sind, ändern sich gemäß der sich wandelnden wirtschaftlichen Verhältnisse. Grund für den Wandel können sowohl konjunkturelle wie strukturelle Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung sein.

Betrachten wir die augenblickliche Lage, steht für den Deutschen Gewerkschaftsbund sicherlich die Frage nach der Sicherheit der Arbeitsplätze an aller-

erster Stelle. Bei der Zahl von mehr als einer halben Million Arbeitslosen müssen die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Aktivitäten voll und ganz darauf ausgerichtet sein, so schnell wie möglich die zugespitzte Situation zu entspannen.

Die Arbeitsmarktlage ist nicht generell schlecht, sondern sie ist regional und branchenmäßig sehr differenziert und die Ursachen für die Schwierigkeiten sind überwiegend struktureller Art. Der DGB hat sich aus diesem Grunde insbesondere in der zweiten Hälfte des allmählich auslaufenden Jahres in einem ständigen Dialog mit der Regierung dafür eingesetzt, möglichst schnell und möglichst gezielt Strukturprogramme zu verwirklichen, die die größten Probleme in ohnehin strukturschwachen Gebieten mildern sollten. Der DGB hat sehr positiv vermerkt, daß die Bundesregierung für diese Programme 1,5 Milliarden DM zur Verfügung gestellt hat. Zweifel haben wir, ob diese Programme in ihrer Quantität ausreichen. Wir denken vor allem daran, daß die Bundesregierung zur Überwindung der 1967er Krise Programme in Höhe von insgesamt 8 Milliarden DM eingesetzt hat.

Die Regierung muß jetzt handeln. Der DGB hat seine Forderungen konkretisiert, diese Mittel vorrangig und gezielt zur Finanzierung infrastrukturpolitischer Reformmaßnahmen zu verwenden, um den ohnehin immer enger werdenden Spielraum für finanzwirksame Reformen soweit wie eben möglich zu nutzen.

Arbeitsmarktpolitische Schwierigkeiten sind zur Zeit unsere Sorge Nummer eins, aber auch auf lange Sicht werden Vollbeschäftigungsprobleme immer drängender, vor allem dann, wenn Wachstumsspielräume nachlassen und strukturelle Anpassungsvorgänge bewältigt werden müssen. Die Prognosen des „Club of Rome“, die Beobachtungen der OECD und auch die Vorhersagen der nationalen Forschungsinstitute finden unsere volle Aufmerksamkeit. Das Betätigungsfeld für die Gewerkschaften in dieser Hinsicht wird umfangreicher und komplizierter.

Im Jahre 1974 hatte sich die Bundesregierung die große wirtschafts- und ebenso gesellschaftspolitische Aufgabe gesetzt, die Reform unseres Steuersystems durchzuführen. Das Vorhaben ist nach einem langen parlamentarischen Gerangel und trotz aller möglicher Hindernisse, die ihr Opposition und ihre Vertreter im Bundesrat bereiteten, über die Bühne gegangen, und die Steuerreform tritt 1975 in Kraft. Diese Tatsache wird von den Gewerkschaften begrüßt. Wir sind jedoch nicht uneingeschränkt mit den Ergebnissen der Steuerreform zufrieden. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, möchte ich hier sagen, daß der reformpolitische Anspruch mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen noch nicht ausreichend erfüllt ist. Für die Gewerkschaften und für alle Politiker, die die Interessen der Arbeitnehmer im Auge haben, wird Steuerreform eine dauernde Aufgabe bleiben.

Die Steuerreform hat neben positiven Ergebnissen auch zusätzliche Probleme für die öffentlichen Haushalte mit sich gebracht. Der Einnahmeausfall in Höhe von mindestens 13 Milliarden beschränkt die Möglichkeit des Bundes, der Län-

der und der Gemeinden, reformpolitisch notwendige Investitionen durchzuführen.

Die Überbrückung der Milliardenlücke wird zusätzlich erschwert durch den auch im letzten Jahr anhaltenden Preisanstieg. Damit bin ich bei dem zentralen Problem aller Wirtschaftspolitiker in den letzten Jahren, der Frage, mit welchen Mitteln wir dem anhaltenden Preisanstieg begegnen können.

Als die Experten oder alle, die sich dazu berufen fühlten, beim Jahreswechsel 1973/74 ihre Voraussagen machten, wurden ihre Prognosen beherrscht von den Schatten der Ölkrise. Inzwischen wissen wir, daß die Ölkrise in diesem Falle weniger eine Mengen-, als vielmehr eine Preiskrise war, die von den multinationalen Mineralölkonzernen angeheizt und zur Verteidigung ihrer Milliardengewinne forciert wurde. Die Bundesrepublik hat diese Entwicklung im Vergleich zu den anderen Staaten in einem gewissen Rahmen verkraften können.

Der Preisanstieg, auch der von ölprodukten beeinflussten Güter, hat sich nicht ganz in dem vielerorts befürchteten Maße entwickelt. Wir konnten in der Bundesrepublik im Gegensatz zu vielen Partnerländern den Preisanstieg auf ein Maß beschränken, der uns nicht in die Nähe zweistelliger Ziffern rücken ließ und der darüber hinaus in den letzten Monaten eher stagnierende Tendenzen aufwies. Dennoch ist ein Preisanstieg in der Größenordnung von 7 vH zuviel.

Wir haben anerkannt, daß die sozial-liberale Koalition in den letzten Jahren kaum einen Versuch unterlassen hat, diesen Preisanstieg in den Griff zu bekommen. Harte, ja härteste Stabilitätsprogramme waren aber nicht imstande, das Inflationsproblem zu lösen. Vielmehr wuchs die Gefahr, daß durch sogenannte „restriktive Übersteuerung“ eine insgesamt positive konjunkturelle Entwicklung bedroht wurde. Der DGB hat versucht, Politikern wie Öffentlichkeit klarzumachen, daß unsere traditionellen Instrumente im Kampf gegen die Inflation nicht mehr ausreichen. Wir haben mehrfach die Gefahren globalsteuernder Bremsmaßnahmen, v/ie wir sie in der Bundesrepublik kennen und wie sie das Stabilitätsgesetz zuläßt, offenbart.

Die Argumente des DGB basierten darauf, daß Gefahren für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung nicht durch Übernachfrage bedingt waren, für die Globalsteuerung wirksame wirtschaftspolitische Instrumente bietet. Die permanente Stabilisierungskrise war struktureller Art, ihre Ursachen waren markt- und wettbewerbsverletzendes Preisverhalten marktmächtiger Unternehmen. Angesichts dieser Phänomene verlor die Globalsteuerung an Wirkung, und es wuchsen darüber hinaus die Erscheinungen von Stagflation und Beschäftigungseinbrüchen.

Nicht nur, daß der inflationäre Preisanstieg die Einkommenslage der Arbeitnehmer auf Dauer gefährdet, er vermindert die Kaufkraft der Staatsausgaben für öffentliche Investitionen und verschärft den Zielkonflikt zwischen der reformpolitischen Notwendigkeit eines hohen und stetigen Wachstums der Staats-

ausgaben und den stabilitätspolitisch motivierten Sparprogrammen für öffentliche Haushalte. Der wachsende Geldwertschwund läßt einen weiteren Zielkonflikt entstehen, wenn man die oben erwähnte Absicht zur Steuerreform betrachtet, indem Erfordernisse der Reformfinanzierung sowie die Grenzen der steuerlichen Belastbarkeit der Bevölkerung konkurrieren. Globale Stabilitätspolitik verbunden mit einer Politik des teuren und knappen Geldes seitens der Bundesbank fördert zudem die Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft und gefährdet die Arbeitsplätze in der Klein- und Mittelindustrie.

Wenn wir also das Interesse aller Politiker und Verbände nach mehr Geldwertstabilität ernst nehmen wollen, müssen wir das stabilitätspolitische Instrumentarium erweitern. Wir müssen uns in aller Öffentlichkeit mit den Möglichkeiten ordnungspolitischer Verbesserungen in unserem Wirtschaftssystem befassen. Davon dürfen wir uns auch nicht abhalten lassen, selbst wenn Oppositionspolitiker und Unternehmer dann, wenn die Gewerkschaften die Verbesserung der Ordnungspolitik diskutieren wollen, das Schauermärchen von Gewerkschaftsstaat kontra Marktwirtschaft propagieren. Wer angesichts der ordnungspolitischen Mängel unseres Systems nicht bereit ist, über neue Instrumente nachzudenken, der muß es sich gefallen lassen, daß man sein Stabilitätsgerede nicht ernst nimmt.

Der DGB hat vielfach deutlich gemacht, worin er Möglichkeiten zu ordnungspolitischen Verbesserungen innerhalb unseres Systems sieht, und mit welchen Mitteln er dem Problem der Inflation zu Leibe rücken will. Die Instrumente sind Verbraucherpolitik und Verbesserungen der Wettbewerbspolitik.

Die Ziele des DGB in der Verbraucherpolitik lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen:

— Wir wollen Gesetze für die Verbraucher, die sie vor schädlichen Produkten, Produktionsverfahren, Manipulation und Übervorteilung schützen. Der DGB wird in Zukunft verstärkt für die Verabschiedung solcher Gesetze mitwirken und sich dafür einsetzen, die auftretenden Konflikte mit der anbietenden Wirtschaft im Interesse der Arbeitnehmer zu lösen.

— Verbraucher müssen besser über die Vorgänge am Markt informiert werden. Verbraucherinformationen müssen so aufbereitet sein, daß sie eine breite Schicht der Arbeitnehmer erreichen. Es genügt nicht, nur die Geldmittel für die Verbraucherpolitik, die lange als ein Stiefkind der Wirtschaftspolitik behandelt wurde, aufzubessern. Die Schwächung der Verbraucher in unserem Wirtschaftssystem ist so weit fortgeschritten, daß es nicht mehr ausreicht, daß einige Selbsthilfeorganisationen Verbraucherpolitik betreiben. Verbraucherpolitik muß besser koordiniert werden und gezielt einzelne Gruppen unserer Gesellschaft unterstützen.

Da die Arbeitnehmer als die größte Gruppe unserer Bevölkerung auch die größte Anzahl der Verbraucher repräsentieren, hat der DGB sich bewußt dazu bekannt, Verbraucherpolitik als sinnvolle Ergänzung zur Tarifpolitik zu forcie-

ren, um die tarifpolitischen Erfolge der Gewerkschaften nicht durch die überhöhten Preisforderungen der Unternehmer gefährden zu lassen.

Großes Interesse unsererseits gilt der Wettbewerbspolitik. Der DGB erkennt vorbehaltlos die deutlichen Verbesserungen durch die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen an. Die Konzentration unserer Wirtschaft ist allerdings in vielen Bereichen schon so weit vorangeschritten, daß Wettbewerbsgesetze ihre Funktion verloren haben. Wo kein Wettbewerb mehr existiert, weil wenige marktmächtige Unternehmen den Markt unter sich aufteilen, können ihn auch Gesetze nicht wieder zum Leben erwecken. In solchen Bereichen tritt der DGB dafür ein, neue Möglichkeiten zu schaffen, die das Preisgebaren solcher marktmächtiger Unternehmen stärker kontrollieren, die ihre Preise festlegen können, ohne wesentlichem Wettbewerb ausgesetzt zu sein. Die vorhandenen Instrumente haben, wie auch der Kartellbericht bestätigt, sich dazu als nicht ausreichend erwiesen. Mit besonderem Interesse erwarten wir daher die Ergebnisse der Monopolkommission, die sich mit dem Problem der Aufrechterhaltung des Wettbewerbes in unserer Wirtschaft beschäftigen soll.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr häufig von Investitionslenkung die Rede. Auch die letzten Gewerkschaftstage einiger großer Einzelgewerkschaften haben zu diesem Problem Stellung genommen. Der DGB wird sich auf seinem Kongreß im Frühjahr des kommenden Jahres mit diesem Problem intensiv auseinandersetzen müssen. Investitionslenkung ist dabei nichts radikal Neues, sondern es geht vielmehr darum, vorhandene Ansätze auszubauen und zu koordinieren und, wo es nötig ist, gegebenenfalls zu erweitern.